

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Jermusl Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa.

Postkontos: Dresden 1539
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 56.

Sonntag, 7. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kasse. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ungezogene für die Nummer des Anzeigens sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. von Freitag, 8. von Samstag, 16 Silben, 25 Gold-Pfennige, die 80 von Freitag, 100 Gold-Pfennige; zeitrausender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Kündigungsfrist: 14 Tage, wenn der Betrag vorläufig, durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kündigungsunterhaltungsbeitrag: 3 Pfennig. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Anzeigeramts oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Göttestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Der Inhalt der deutschen Anregungen.

Berlin, 7. März 1925.

Die Reichsregierung hat aus Gründen der zwingenden Notwendigkeit davon Abstand nehmen müssen, über den Inhalt der in London und Paris auf inoffiziellstem Wege mitgeteilten Anregungen in der Sicherheitsfrage der deutschen Öffentlichkeit nähere Mitteilungen zu machen. Sobald die Dinge sich in der Richtung einer öffentlichen Erörterung dieser Angelegenheit herbeiführen werden, werden wir ohne Zustimmung des Reichstags förmlich bekanntlich feierlich auf die Angelegenheit zurückzukommen. Im gegenwärtigen Stadium der Dinge ist es von Wichtigkeit, den deutschen Standpunkt zur Sicherheitsfrage in die Form positiver Vorschläge zu bringen, die dann als Grundlage späterer Verhandlungen dienen können. Solche positiven Vorschläge hat jedoch die Reichsregierung noch nicht gemacht, sondern sie hat was übrigens allgemein bekannt ist, und eigentlich gar keiner nochmaligen Erwähnung bedürfte, sich darauf beschränkt, den Maßnahmen zu diskutieren, über den nach deutscher Auffassung überhaupt gegenseitige Verhandlungen möglich sein würden. Dabei kam es allerdings darauf an, daß man deutschseits den eigentlichen Kern des Problems offen und eindeutig behandelte. Gefahren für den Frieden ergeben sich meistens aus territorialen Streitfragen. Wenn nun in der Ententepresse behauptet wird, daß die deutsche Regierung sich bereit erklärt habe, die gegenwärtige deutsche Westgrenze als einen gegen einen vertragmäßigen Zustand anzuerkennen und keinerlei Änderungen dieser Grenze anzustreben, so ist dies selbstverständlich in der Natur der Sache gegeben. Es ist gar nicht notwendig, jetzt von einem Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen zu sprechen, denn diese Frage ist durch den Versailler Vertrag entschieden und kann bei den Verhandlungen über einen Sicherheitspakt nicht aufgerollt werden. Die deutsche Außenpolitik mußte bei den Verhandlungen über die Sicherheitsfrage den vertragmäßigen Status an sich halten lassen und kann lediglich zu verhindern suchen, daß von der Gegenseite eine Verschlechterung dieses Status gegenüber Deutschland herbeigeführt wird. Man braucht nur an den bekannten Plan einer sogenannten "Neutralisierung" der Rheinlande zu denken, um sich volle Klarheit darüber zu schaffen, worum es bei den gegenwärtigen diplomatischen Verhandlungen überhaupt geht. Wenn Deutschland die grundsätzliche Bindung eingibt, die Westgrenze des Reiches nicht ändern zu wollen, so kann es selbstverständlich von der Gegenseite verlangen, daß die deutsche Souveränität im Rheinlande nicht angefochten wird. Es ist daher falsch und abwegig, wenn in einem Teile der deutschen Presse die Behauptung aufgegriffen wird, mit den deutschen Anregungen sei die Frage eines nochmaligen Verzichts auf Elsaß-Lothringen besonders verbunden gewesen. Ueber den positiven Inhalt der deutschen Anregungen darf man, ohne das Gebot der Diskretion zu verletzen, schon jetzt so viel sagen, daß auf Grund der Unverletzlichkeit der beiderseitigen Grenzen ein Garantieverkommen geschlossen werden soll, das die Gefahren bewaffneter Konflikte zwischen den beteiligten Ländern für die Dauer des Vertrages völlig ausschließt. Nun ist auch davon die Rede gewesen, daß auch mit den östlichen Nachbarn Vereinbarungen zur Ergänzung des allgemeinen Garantievertrages getroffen werden sollen. Dies, was in der englischen und der französischen Presse über angebliche Vorschläge Deutschlands nach dieser Richtung hin veröffentlicht worden ist, beruht mehr oder weniger auf Kombinationen. Man darf auf das Bestimmteste versichern, daß die Reichsregierung es ablehnen würde, mit England und Frankreich über die Abgrenzung irgendwelcher Vereinbarungen zu treffen. Wenn Polen und die Tschechoslowakei ein Friedensabkommen mit Deutschland wünschen, so müßten sie schon sich die Mühe geben, sich direkt an die deutsche Regierung zu wenden. Es ist aber ebenso selbstverständlich, daß Deutschland den guten Willen haben würde, mit seinen östlichen Nachbarn ebenfalls Garantieverträge abzuschließen, bei denen die lebenswichtigen Interessen der verhandelnden Mächte eine sehr große Rolle spielen würden. Wenn die deutsche Regierung in London und Paris auf die Frage der Abgrenzung kurz eingegangen ist, so ist das nur darauf zurückzuführen, weil man ja über ein allgemeines Friedensgarantieprojekt verhandeln will. Für die deutsche Regierung bestand dabei keinerlei Notwendigkeit, auf gewisse Anfragen der allierten Regierungen sich in Stillschweigen hüllen zu wollen.

Kein Generalstreik bei der Eisenbahn?

Berlin, 7. März. Wie wir aus Kreisen der Eisenbahner-Organisationen erfahren, besteht keineswegs die Absicht eines allgemeinen Eisenbahnstreiks in Deutschland. Bei den lokalen Bewegungen handelt es sich zunächst um ein spontanes Vorgehen, über dessen gemeinschaftliche Grundlage die Eisenbahner-Organisationen noch keine grundsätzliche Entscheidung getroffen haben. Die Gefahr einer Verschärfung der lokalen Ausstände sei sehr groß, nachdem die Verhandlungen abermals ergebnislos unterbrochen werden müßten. Wenn jetzt die bevorstehenden Besprechungen mit der Reichsbahnverwaltung abermals um Scheitern gelangen sollten, so würden die Eisenbahner-Organisationen überhaupt zum ersten Male vor die Frage gestellt werden, ob das Mittel des Streikes zur Anwendung gebracht werden muß. Ein Generalstreik der Eisenbahnarbeiter läme wohl nicht in Frage.

Ueber die Lohnverhandlungen der Eisenbahnarbeiter und den Eisenbahnstreik erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Die Arbeiterlohnfrage wurde einmündig in

einer besonders einberufenen Sitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft erörtert. Der Verwaltungsrat hielt die Grundlagen, um über eine Lohn-erhöhung zu entscheiden, für noch nicht genügend geklärt und vertagte seine Entscheidung auf die noch in diesem Monat stattfindende planmäßige Sitzung. Im Laufe der Verhandlungen zwischen der Hauptverwaltung und den am Tarifvertrag beteiligten Organisationen wurde von der Hauptverwaltung angeboten, die Eisenbahnerlöhne an den Orten, wo sie unter den Industriearbeiterlöhnen liegen, diesen anzupassen. Dieses Angebot ist von den verhandelnden Organisationen rundweg abgelehnt worden. Es wurde die Forderung nach einer allgemeinen Lohnserhöhung gestellt. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn war nicht in der Lage, dieser Forderung nachzugehen, da die Tatsache besteht, daß an den meisten Orten die Eisenbahnerlöhne zum Teil nicht unerheblich über den Industriearbeiterlöhnen liegen. Im übrigen darf darüber kein Zweifel aufkommen, daß bei einer allgemeinen Lohnserhöhung Erhöhungen im Personentarif nicht zu vermeiden sein werden.

Die Lage im Chemnitzer Bezirk.

Ueber den Streik der Eisenbahnarbeiter im Chemnitzer Bezirk teilt die Eisenbahndirektion Chemnitz folgendes mit: Von den Dienststellen im Bereiche der Eisenbahndirektion Chemnitz hat im Laufe des 6. März ein kleiner Teil der Arbeiter des Bahnhofes Mübba die Arbeit niedergelegt. Auch die Kohlenarbeiter bei den Chemnitzer Betriebswerken und die Bahnunterhaltungsarbeiter einer der Bahnhöfe im Bezirk Chemnitz haben zum Teil ihre Arbeit eingestellt. Der Personen-, Gepäck-, Express- und Milchverkehr ist durch den Streik nicht in Mitleidenhaft gezogen. Die Umladestelle Chemnitz-Silbersdorf ist wieder in Betrieb. Bei der Güterabfertigung Chemnitz-Hauptbahnhof werden voraussichtlich Sonnabend vormittags Güter wieder angenommen. Die Auslieferung der Güter geht dort abwärts vor sich. Bei den übrigen Chemnitzer Güterverkehrsstellen wird die Annahme und Ausgabe von Gütern in vollem Umfang aufrechterhalten. Wenn hierdurch die Lage im Chemnitzer Bezirk als befriedigt angesehen werden kann, so ist das der Dienstleistung des pflichttreuen gebliebenen Personals, insbesondere der Beamten, die mühsame Arbeiterdienste leisten, und dem zahlreichen Ausschussspersonal zu verdanken. Die Zahl der streikenden Arbeiter im Chemnitzer Bezirk beträgt rund 700.

Der Kampf um die Reichspräsidenschaft.

SPD. Die parlamentarische Situation wird gegenwärtig vollkommen durch die Vorbereitungen zur Präsidentschaftswahl beherrscht. Man wird sich auf einen ziemlich scharfen Wahlkampf gefaßt machen müssen, da die politischen Parteien die Präsidentschaftswahl als eine Machprobe behandeln und einschließen sind, jetzt ihre ganzen Kräfte auf diese Frage zu konzentrieren. Die Parteien der Rechten sind bereits auf dem Wege, mit einem gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten hervorzutreten und durch Zusammenfassung ihrer Kräfte nach Möglichkeit schon im ersten Wahlgang eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen. Im Gegensatz hierzu sind die Demokraten eifrig bemüht, der Sammellandidatur von rechts eine Gegenkandidatur aller Verfassungsparteien entgegenzustellen. Ihre Bemühungen stehen jedoch, wie wir hören, bei der Sozialdemokratie auf leihender Widerstände. Die sozialdemokratischen Vorkandidaten, die heute Sonnabend eine Entscheidung über ihre grundsätzliche Stellung zur Präsidentschaftswahl treffen werden, beabsichtigen, entgegen den ausdrücklichen Wünschen der Demokraten, mit einem eigenen Kandidaten hervorzutreten. Man nennt jetzt im Namen Loebbe, Ministerpräsident a. D. Braun und Dr. Reichle. Von sozialdemokratischer Seite wird erklärt, daß eine Sammellandidatur Marx, wie sie von den Demokraten beabsichtigt ist, zahlreiche Kreise der linken Sozialdemokratie veranlassen würde, für den kommunistischen Kandidaten zu stimmen. Im ersten Wahlgang werde daher ein sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt werden müssen. Auf der anderen Seite könne später darüber diskutiert werden, ob die Sozialdemokratie im zweiten Wahlgang auf einen eigenen Kandidaten verzichten und für eine Kandidatur Marx stimmen würde. Die demokratischen Führer sind über die Haltung der Sozialdemokratie außerordentlich beunruhigt und bieten ihren ganzen Einfluß auf, um zu verhindern, daß eine Einheitsfront der Republikaner durch die Sozialdemokratie verhindert wird. Die Zentrumskreise halten sich auf Grund der Gegenseite im Lager der Linken hart zurück und behalten sich ihre Entscheidung für Anfang nächster Woche vor.

Die Kandidaturen Marx und Jarres.

Berlin, 7. März. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird der frühere Reichkanzler und Innenminister Dr. Jarres höchstwahrscheinlich als Kandidat für die Präsidentschaftswahl von den bürgerlichen Parteien aufgestellt werden. Von den zur engeren Wahl gestellten vier Personen haben bereits zwei die beteiligten Parteikreise gebeten, von einer Aufstellung Abstand zu nehmen, so daß zur Stunde nur zwei Herren für die bürgerliche Sammellandidatur in Frage kommen. Ueber eine Kandidatur des früheren Reichkanzlers Marx werden am Sonntag und Montag entscheidende Besprechungen zwischen den Parteien der Weimarer Koalition stattfinden. Es kann aber schon jetzt als feststehende Tatsache angesehen werden, daß Marx auf jeden Fall aufgestellt werden wird, selbst, wenn die Sozialdemokratie auf einer besonderen Kandidatur bestehen sollte.

Der Entwurf eines Wohlfahrtsgelebes

ist vom Reichsausschuß und vom Haushaltsausschuß A des Landtags durch beraten worden und wird mit den vor- genommenen Veränderungen zur Annahme empfohlen, zu- gleich werden folgende Entschliessungsanträge gestellt: Die Regierung zu ersuchen,

1. daß sie aus den dem Arbeits- und Wohlfahrtsministeri- um zur Verfügung stehenden Mitteln eine Summe für die Kriegsbeschädigten bereithalte und damit die Not-wendigkeit der besonderen Fürsorge des Landes für diese Kriegsopfer anerkenne.
 2. dem Landtag eine Denkschrift über die zukünftige Aus- bildung der in der Wohlfahrtspflege tätigen Beamten- kräfte vorzulegen.
 3. durch die Erziehungsbehörde des § 23 die Aufgaben des § 70, Absatz 2 A. F. W. G. zu erfüllen.
 4. daß sie auf dem Wege der Ausführungsverordnung die zu einem ländlichen Bezirksfürsorgeverband ge- hörigen Bezirksvereine verpflichtet, in einem von den Gemeindevorständen zu bildenden gemischten Wohl- fahrtsausschuß auch der freien Wohlfahrtsvereine eine angemessene Vertretung einzuräumen.
 5. in der Ausführungsverordnung den Bezirksfürsorge- verbänden anheimzugeben,
 - a) daß sie die in der Wohlfahrtspflege tätigen weib- lichen Kräfte in ihrem Gebiete auch für den In- nendienst heranziehen.
 - b) daß sie für ältere Wohlfahrtspflegerinnen ange- messene Stellen im Innendienst, in Anstalten, Hei- men usw. schaffen.
 6. in der Ausführungsverordnung eine Bestimmung vor- zulegen, wonach in die auf Grund von § 31 der A. F. W. G. über die Fürsorgepflicht zu bildenden Vereine für die kriegsbeschädigten und kriegsheimkehrlichen Fortset- zungen der großen dem Reichsausschuß angehörenden Organisationen, soweit sie für Sachen in Frage kom- men, anzunehmen sind.
- Hg. P. L. H. (L. P.) stellt folgenden Entschliessungsan- trag als Rinderbehaltsantrag: Die Regierung zu ersuchen, in die Ausführungsverordnung eine Bestimmung auf- zunehmen, die besagt, daß bei Bezirksratswahlen die öffentliche Wohlfahrtspflege nicht in einer Weise an- gezeigt werden kann, die eine einseitige Parteipar- teilnahme enthält. Die Unterstützung muß auch in solchen Fällen individuell nach der Bedürftigkeit gewährt werden.

Deutschland und der Völkerbund.

Berlin. Zum Besuche des Generalsekretärs des Völkerbundes in Berlin meldet die Tagesliche Rundschau, daß sich die Haltung der Regierung zu der Völkerbundfrage nicht geändert habe. Die Regierung selbst wartet die Antwort auf das im März vergangenen Jahres an den Völk- bund gerichteten Memorandum ab. Von dieser Antwort und von dem Ergebnis der am 10. März beginnenden Tagung des Völkerbundes wird außerordentlich viel ab- hängen. Deutschland selbst hat bekanntlich eine inoffizielle Vertretung in Genf. Ob angesichts der bevorstehenden Tagung eine Verstärkung des Staates in Genf eintreten wird, ist noch nicht entscheidend, doch ist mit dieser Möglich- keit zu rechnen.

Eine Geheimbrennerei aufgedeckt.

Berlin. (Funkdruck.) Gestern abend wurde in Reichendorf-Ost in den Räumen einer Werdebahnung wiederum eine große, modern eingerichtete Geheimbrennerei aufgedeckt. Der Werdebahnung gab an, von der Geheim- brennerei nichts zu wissen und legte einen Vertrag vor, nach dem er die Räume vermietet hatte. Die ganze Ein- richtung sowie die vorgefundenen Vorräte wurden beschlagnahmt.

Der Prozeß gegen Rothardt

wird in der Verurteilung vor dem Magdeburger Land- gericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rudolf am Dienstag, den 10. März, beginnen. — Die Nebenklage des Reichspräsidenten ist durch das Ableben des Antrag- stellers hinfällig geworden; die Rechtsanwälte Landsberg und Heine werden also an den Verhandlungen nicht mehr teilnehmen. — Der Angeklagte Rothardt wird in der Ver- urteilung nicht mehr durch seine bisherigen Anwälte, sondern durch Rechtsanwalt Lütgebrunn verteidigt werden.

Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung.

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern einen Antrag eingebracht, in welchem die Auf- hebung der dritten Steuernotverordnung zum 31. März gefordert wird. Es soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, in dem die gesamte Aufwertungsfrage einer wesentlichen Umgestaltung unterzogen wird.

Die letzten Opfer von Dortmund.

Berlin. Die Vossische Zeitung meldet aus Offen: Erst gestern vormittag konnte das letzte Opfer der Gruben- katastrophe auf der Grube Minister Stein geborgen werden. Die feierliche Beerdigung fand am Nachmittag auf dem Nordfriedhofe statt.